

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **Mk. 2,50.**

Inhalt:

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Die Organisierung der Italiener in Deutschland	249	Aus Unternehmerkreisen. Vorbereitungen der Arbeitgeber zur Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes	255
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rundblicke I. — Aus den deutschen Gewerkschaften.	251	Wittteilungen. Umerfügungsvereinigung. Für die Verbandsexpeditionen.	256
Kongresse. Erster Verbandstag der Hausangestellten	254	Hierzu: Statistische Beilage Nr. 3: Die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reich nach den Berufszählungen von 1882 bis 1907.	
Lohnbewegungen und Streiks. Tarif- und Lohnbewegungen	254		

Die Organisierung der Italiener in Deutschland.

Seit die modernen Gewerkschaften* in Deutschland Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter führen, spielt für sie die Organisation der Ausländer eine wichtige Rolle. Die deutschen Gewerkschaften haben nie, wie die Gewerkschaften einiger anderer Länder, auf dem Standpunkt gestanden, daß sie den Ausländern die Aufnahme in die Organisationen durch hohe Eintrittsgelder und allerlei Bestimmungen über eine genügende fachliche Qualifikation usw. erschweren oder gar unmöglich machen müßten. Auch haben sie nie, wie die Gewerkschaften einiger anderer Länder, gesetzlichen Schutz gegen die Einwanderer oder gar ein Verbot der Einwanderung verlangt. Dagegen waren sie von Anfang an bestrebt, die in Deutschland arbeitenden Ausländer als **Brüder und Kampfgenossen** in ihre Organisationen einzureihen, wobei sie von dem Standpunkt ausgingen, daß die Geschlossenheit der Arbeiterschaft im Kampf gegen das Ausbeutertum an der Verschiedenheit der Nationalität keine Grenzen finden dürfe. Die deutschen Arbeiter wollten immer — und wollen auch heute noch — gemeinsam mit den in Deutschland arbeitenden Ausländern für eine Verbesserung der Lebenslage aller in Deutschland beschäftigten Arbeiter kämpfen.

Bei den Arbeitern keiner Nationalität sind die Gewerkschaften dabei auf so große Schwierigkeiten gestoßen, wie bei den Italienern. Lange Zeit waren diese als gewohnheitsmäßige Streikbrecher ebenso verhaßt wie verachtet, ganz besonders im Baugewerbe, wo italienische Streikbrecherkolonnen noch bis in die ersten Jahre dieses Jahrhunderts manchen aussichtslos begonnenen Streik zugrunde richteten. Um diese Gefahr zu beseitigen und die italienischen Arbeiter für die Organisation zu gewinnen, schuf die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung mit den hauptsächlich interessierten Verbänden schon im Jahre 1898 ein besonderes Organ in italienischer Sprache, den „Operaio Italiano“, der sich nunmehr seit nahezu 15 Jahren die Aufklärung der italienischen Arbeiter

in Deutschland angelegen sein läßt. Außerdem haben in den letzten Jahren mehrere Verbände italienisch sprechende Sekretäre angestellt, die bestimmte Gebiete agitatorisch bearbeiten, und schließlich werden die Italiener seit Jahren in ihren Winterquartieren, in der Heimat, von italienisch sprechenden Abgesandten der deutschen Gewerkschaften aufgesucht und im Sinne der deutschen Arbeiterbewegung bearbeitet.

Durch alle diese Maßnahmen, die den deutschen Gewerkschaften ganz erhebliche Summen kosteten, ist zwar in den letzten Jahren insofern eine Besserung eingetreten, daß sich die Italiener nicht mehr wie ehedem als gewohnheitsmäßige Streikbrecher hergeben; aber ihrer Organisation fehlt die ungeheure Mehrzahl von ihnen auch heute noch den allergrößten Widerstand entgegen. Von den etwa 130 000 in Deutschland lebenden Italienern gehören, trotz der ungeheuren Opfer, die für ihre Aufklärung und Organisation gebracht worden sind, nur etwa 6000 bis 7000 den gewerkschaftlichen Organisationen an.

In anderen Ländern ist es nicht besser. Auf einer vom schweizerischen Gewerkschaftsbunde einberufenen Konferenz der Vorstände der Bauarbeiterverbände und der Delegierten der schweizerischen Arbeiterunions, die am 25. und 26. Februar d. J. in Zürich stattfand und an der auch Delegierte der italienischen und der deutschen Gewerkschaftsorganisationen teilnahmen, wurde festgestellt, daß man in der Schweiz, in Frankreich und Oesterreich dieselben traurigen Erfahrungen gemacht hat wie in Deutschland. In der Schweiz, die von italienischen Arbeitern geradezu überflutet wird, sind z. B. von gut 150 000 Italienern knapp 3000 organisiert, obwohl dort mehrere Verbände italienische Sekretariate haben und entweder ein besonderes Organ in italienischer Sprache herausgeben oder von ihren Verbandsorganen einige Seiten für italienischen Text zur Verfügung stellen. Auch die Anstellung von Sekretären italienischer Nationalität durch mehrere Ortsgruppen einzelner Verbände und die Errichtung italienischer Arbeitersekretariate durch die Arbeiterunions Zürich, Winterthur, St. Gallen und Tessin hat kaum zu einer Besserung beigetragen.

Diese Mißerfolge in allen Ländern mit starker italienischer Einwanderung veranlaßten den Sekre-

waltungsstelle besteht, ist die Anmeldung bei dieser einzureichen." Ueber verweigerte Aufnahme bzw. Fortsetzung der Mitgliedschaft entscheidet in erster Instanz der „Hauptvorstand“, sodann der Ausschuss usw.

47. § 3 Abs. 2 statt Vorstand zu setzen „Hauptvorstand“.

48. § 4. Wenn die Witwen- und Waisenrente um 100 bzw. 20 Mk. erhöht wird, die Invalidenrente um 100 Mk. zu erhöhen.

49. § 9 Abs. 2 statt Verwaltung zu setzen „Hauptvorstand“.

50. § 11. Statt Vorstand zu setzen „Hauptvorstand“.

51. § 12 Abs. 3 statt Vorstand zu setzen „Hauptvorstand“.

52. § 15 statt Vorstand zu setzen „Hauptvorstand“.

53. § 17 statt Vorstand zu setzen „Hauptvorstand“.

54. § 20 statt Vorstand zu setzen „Hauptvorstand“.

55. §§ 6 und 7.

„Die Witwenrente ist um 100 Mk. und die Waisenrente um 20 Mk. zu erhöhen und zwar für alle Witwen, deren Ernährer die volle statutengemäße Anwartschaft nach dem jetzt geltenden Statut hatten.“

56. § 15 Abs. 2.

„In Orten, wo mindestens 10 Mitglieder vorhanden sind, kann eine örtliche Verwaltung gebildet werden, bestehend aus einem Vorsitzenden, Kassierer und Schriftführer. Die örtliche Verwaltung soll die Aufgabe haben, zeitweilig die Mitglieder der Zahlstelle zu berufen, Bericht über die Kassenverhältnisse zu geben, gemeinsame Angelegenheiten zu besprechen, sowie die Wahl der Ortsrevisoren vorzunehmen. An Orten Abrechnung ebenfalls von usw.“

57. § 17.

„Die Hauptversammlung der Unterstützungsvereinigung muß mindestens alle drei Jahre stattfinden.“

R i e l.

58. Im Antrag des Vorstandes zu § 2 des Statuts zu setzen statt die „der sozialdemokratischen Partei“ nahestehe, die der „modernen Arbeiterbewegung“ nahestehe.

59. Dem Abs. 2 des § 6 ist anzufügen:

„Die Kinderrente wird in diesem Falle weiter gewährt.“

60. Zu § 6, nicht als Zusatz zu diesem Paragraphen, sondern als Richtschnur, die dem Vorstand von der Generalversammlung gegeben wird:

„Dem Vorstand wird freigestellt, einer Person, die dem verstorbenen Mitglied den Haushalt geführt und deren Unterhalt er dauernd bestritten hat, nach Prüfung der Verhältnisse im Falle der Bedürftigkeit die Rechte einer Witwe zu gewähren.“

B o c h u m u n d U m g e g e n d.

61. „In Rücksicht auf die bald in Kraft tretende staatliche Angestelltenversicherung beauftragt die Hauptversammlung den Vorstand, mit den in Frage stehenden Instanzen dahin zu wirken, damit während der ersten zehn Jahre nach Inkrafttreten obiger Versicherung die Verlage, Organisationen usw. für ihre Angestellten neben der Hälfte des Beitrages zur Angestelltenversicherung auch wie bisher die Hälfte des Beitrages zur Unterstützungsvereinigung übernehmen. Auch für die in Zukunft neuanzustellenden

Genossen dürfte in den ersten zehn Jahren das gleiche Entgegenkommen angebracht sein.“

62. Die Hauptversammlung wolle beschließen: „Der Beschluß des Vorstandes und Ausschusses, daß ein invalides Mitglied, welches sein Gehalt oder einen erheblichen Teil desselben von der Korporation, in deren Diensten es stand, weiter erhält, keine Invalidenunterstützung bekommt, wird, weil unvereinbar mit den Bestimmungen des § 4 des Statuts, aufgehoben.“

H a m b u r g.

63. „Für diejenigen Mitglieder, welche von der staatlichen Versicherung für Angestellte befreit sind, eine besondere Klasse einzurichten, welche eine Invalidenunterstützung von 1200 Mk. jährlich sichert.“

S t u t t g a r t.

64. § 4 Abs. 1 soll folgende Fassung erhalten:

„Dem dauernd erwerbsunfähig gewordenen Mitglieder kann eine Invalidenunterstützung gewährt werden, und zwar nach 5jähriger Mitgliedschaft 900 Mark, nach 10jähriger Mitgliedschaft 1200 Mk. und nach 15jähriger Mitgliedschaft 1500 Mk. jährlich.“

65. Bei Annahme des Antrages zu § 4 ist der Beitrag dementsprechend zu erhöhen.

66. § 6 soll lauten: „Die Witwenunterstützung kann der hinterlassenen Ehefrau eines verstorbenen Mitgliedes bis zu deren Ableben, aber nicht über die Dauer ihrer Wittwenschaft gezahlt werden, und zwar nach dreijähriger Mitgliedschaft 300 Mk., nach fünfjähriger Mitgliedschaft 500 Mk., nach zehnjähriger Mitgliedschaft 1000 Mk. pro Jahr.“

Im Falle der Wiederverheiratung kann der Witwe der zweifache Jahresbetrag der bezogenen Witwenunterstützung, jedoch höchstens der Betrag von 1500 Mk., als Abfindung gezahlt werden. Auf Antrag kann eine Abfindung an die Kinder im dreifachen Betrage ihrer Jahresrente fakultativ erfolgen.“

67. „Die „Mitteilungen“ des Vereins Arbeiterpresse werden im Einverständnis mit dem Vorstand des Vereins in das Eigentum der Unterstützungsvereinigung übergeführt und damit allen Mitgliedern zugänglich gemacht. Der Vorstand der Unterstützungsvereinigung wolle der Generalversammlung eine Aufstellung über die entstehenden Kosten vorlegen.“

Geschäftsführerin gesucht.

Zu möglichst baldigem Antritt wird für die Ortsgruppe Hannover des Verbandes der Hausangestellten eine in der Agitation erfahrene und zur Führung der Kassenbücher sowie des Stellennachweises

befähigte Genossin

gesucht. Gehalt wird nach Uebereinkunft gezahlt. Es wird gebeten, dem Bewerbungsschreiben einen Aufsatz über: „Die Aufgaben einer Geschäftsführerin im Verbands der Hausangestellten“ beizufügen. — Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit werden bis zum 22. April an die Adresse des Gewerkschaftssekretärs A. d. S a r m s, Hannover, Nikolaisstr. 7 I, erbeten.

Für die Verbands Expeditionen.

Der Nr. 17 des „Corr.-Bl.“ wird die **Statistische Beilage Nr. 3**, enthaltend: „Die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reich nach den Berufszählungen von 1882 bis 1907“ beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 48 Seiten.

tär des schweizerischen Maurerverbandes, Genossen Käppler, in einem in Nr. 12 des „Grundstein“ veröffentlichten Artikel die Frage aufzuwerfen, was denn eigentlich der Grund dieser Mißerfolge sein könne.

„Wir haben — so schreibt er — auf diese Frage schon verschiedene Antworten erhalten und Einwände mannigfacher Art gehört. Da sagt man einmal, unsere Organisationsform trage die Schuld daran. Die straffe centralistische Form, die hohen Beiträge gefallen dem Italiener nicht, sie passen nicht zu seinem Temperament. Auf den ersten Blick scheint dieser Einwurf vieles, wenn nicht alles für sich zu haben; aber sehen wir uns die Sache einmal etwas näher an. Bis zum Jahre 1906 hatten die Bauarbeiter italienischer Zunge in der Schweiz vollständig freie Hand, sich jene Organisationsform zu wählen, die ihnen beliebte. Es bestand denn auch ein Verband, der ganz geringe Beiträge erhob und in dem die einzelnen Sektionen die größte Autonomie hatten. Irgendwelche Bedeutung gewann dieser Verband nicht, da ihm die italienischen Arbeiter nur in ganz unbedeutender Zahl beitraten. In der Folge entstand eine gemischtsprachige Centralorganisation für die Maurer und Handlanger, aus der aber bald ein Teil der Italiener austrat, um eine Separatorganisation zu gründen auf jener Basis, wie die vor 1906 war. Dieser Separatorganisation gehören trotz niedriger Beiträge und größter Autonomie der einzelnen Sektionen wie Mitglieder nur einige hundert Italiener an, ja sie verliert von Tag zu Tag immer mehr. Aber auch in Frankreich gehören die Italiener den dortigen Arbeiterorganisationen nicht an, obwohl sie dort alles finden, was man für das italienische Temperament als passend erklärt: niedrige Beiträge von 15 und 20 Cts. im Monat, Syndikalismus und „Libertà“ des Individuums usw. usw.“

Auch die Organisationen der Arbeiter in Italien selbst, so führt Käppler mit Recht weiter aus, könnten nicht als Vorbild für die Organisation der italienischen Arbeiter im Auslande dienen, da auch in Italien nur verhältnismäßig wenig Arbeiter organisiert seien. Es kommen dort nämlich auf etwa 7 Millionen organisationsfähige Arbeiter nur etwa 302 400 Organisierte, ein Beweis, daß die Italiener der gewerkschaftlichen Organisation im Auslande wie in Italien abgeneigt sind.

Ueber die Ursachen, weshalb die Italiener der Organisation so schwer zugänglich sind, führte der Vertreter der italienischen Landeszentrale, Genosse D'Aragona, nach dem Bericht des Genossen Käppler auf der bereits genannten Konferenz in Zürich u. a. folgendes aus:

„... Unsere Landsleute denken nicht über die Dinge nach, ja sie meinen sehr oft, sie wüßten alles schon und bräuchten deshalb keine Belehrung. Ihre Meinung geht dahin, daß sie in organisatorischen Fragen andern überlegen seien, und man darf sich nicht wundern, wenn es schließlich gar einem einfällt, Karl Marx zu vernichten. Ueber ganz schwierige Probleme, die man oft nur erst nach langem, eingehendem Studium erfaßt, redet da ein Maurer oder Handlanger, als ob es nichts wäre. Es ist eben leider so, daß sich der italienische Arbeiter nicht organisiert, dafür aber desto ausgiebiger kritisiert. Berücksichtigen muß man bei alledem, daß Italien noch eine junge Nation ist, die eben erst im Begriffe steht, sich zu entwickeln. Die Industrie fehlt im Lande und damit auch die Erkenntnis des Wesens der modernen Organisation. ... Besonders schlimm für unser Wirken ist die Halbkultur der Emigranten. Es kann an diese Leute heranommen, wer da will, er hat nie recht; die Italiener glauben, alles besser

zu wissen. ... Die so sehr beklagte Organisationsfeindlichkeit der Emigranten wird begreiflich, wenn man weiß, daß die Mehrzahl vom Kleingrundbesitz abhängt. Ihr Egoismus und das Bestreben, recht wenig auszugeben, rührt daher, daß sie alles, was sie verdienen, in ihren Grundbesitz stecken. Solidaritätsgefühl kennen sie auch nicht; denn daheim ist einer des andern Feind. Das Bestreben des Kleingrundbesitzers geht dahin, immer mehr Land zu erwerben. Neues Land gibt es nicht, und es kann darum nur jeder seinen Grundbesitz auf Kosten des andern vergrößern. So hat sich bei diesen Menschen eine besondere Weltanschauung herausgebildet, aus der sich herauszuarbeiten ihnen ungeheuer schwer fällt; sie lehnen in bestimmten Zeitabschnitten immer wieder in die Heimat zurück und hängen zu fest an der Scholle. Die Organisierung der Emigranten und überhaupt das Inverbindungtreten mit ihnen ist aber auch deshalb schwer, weil sie nicht immer am gleichen Orte arbeiten. Für die Verbesserung der Verhältnisse an den Arbeitsorten haben sie kein Interesse; gefällt es ihnen hier nicht, dann gehen sie wo anders hin. Man wird auch im Auslande anerkennen müssen, daß die Partei und die Gewerkschaften in Italien bisher taten, was in ihren Kräften stand. Wenn nicht noch mehr geschehen konnte, so deshalb, weil die Arbeiterbewegung im Lande selbst noch zu jung ist; die wenigen Kräfte haben im Lande selbst außerordentlich viel Arbeit.“

Der Behauptung D'Aragonas, daß auch die Partei in Italien bisher alles getan habe, was in ihren Kräften stand, um zur Organisierung der Emigranten beizutragen, wird übrigens im „Grundstein“ von einem genauen Kenner der Italiener und der italienischen Parteipresse bestritten. Zutreffend sei diese Behauptung nur für die italienische Landeszentrale der Gewerkschaften. Die italienische Partei als solche tue in dieser Beziehung gar nichts, ja, sie sei sogar zum Teil an dem in den Köpfen der italienischen Auswanderer bestehenden Wirrwarr schuld:

„Man braucht nur einmal die sozialistische Provinzpresse durchzulesen, und man wird starr sein über das darin Enthaltene. Anstatt systematischer Aufklärung und Belehrung findet man nur die ödste Fäulnisbekämpfung und in geschraubter Sprache gehaltene Auseinandersetzungen mit Parteigenossen über Taktik usw., die man am besten mit dem Wort „Kümmelspalterei“ bezeichnet. Was soll man dazu sagen, wenn in einer der führenden Zeitschriften des wissenschaftlichen Sozialismus in Italien ein Artikel erscheint, der den Auswanderern „beweist“, daß es in ihrem Interesse liege, wenn sie sich im Auslande nicht organisierten?“

Es taucht nun die Frage auf, wie den deutschen Gewerkschaften trotz all dieser Schwierigkeiten eine raschere Organisierung der italienischen Arbeiter in Deutschland möglich ist. Denn daß die Italiener organisiert werden müssen, darüber kann wohl in den deutschen Gewerkschaften kein Zweifel herrschen. Die deutschen Arbeiter haben nicht die mindeste Ursache, jahraus, jahrein auch zur Verbesserung der Lage der italienischen Arbeiter erhebliche Opfer zu bringen, wenn sich die Italiener selbst nicht ihren Organisationen anschließen und mit zur Verbesserung ihrer Lage beitragen. Wer die von den Gewerkschaften erkämpften Erfolge mit einsacken will, der mag gefälligst auch mit zur Erhaltung und Mehrung dieser Erfolge beitragen.

Ueber die Mittel zur Organisierung der Italiener führte der Vertreter des Verbandes der Maler und Gipser in der Schweiz auf der wiederholt genannten Konferenz in Zürich aus:

„Alle Mittel und Kräfteanwendungen nützen nur dort, wo die Mehrheit der Deutschen organisiert sei. Man möge uns noch so viel von den Charaktereigenschaften und Eigentümlichkeiten der Italiener erzählen, bei ihnen sei nur eins gut ausgeprägt: der Respekt vor der Macht. Sobald sie aus dem Machtbereich unserer organisierten Deutschsprechenden heraus seien, gingen sie der Organisation verloren. Man dürfe sie keinen Augenblick sich selbst überlassen. Sie hätten die Erfahrung gemacht, daß diese Leute — kurze Zeit sich selbst überlassen — davonlaufen, selbst wenn sie schon zehn Jahre lang organisiert waren und immer ihre Beiträge bezahlten. Am besten dürfte man mit ihnen fahren, wenn man von ihnen selbst gar nichts in den Zeitungen schreibe, dafür aber die nationale Zusammenrottung verhindere. Wenn man diese zulasse, habe sie immer zur Folge, daß separatistische Bestrebungen obenauf kommen. Eine Hauptaufgabe müßten wir auch darin erblicken, zu verhindern, daß diese Menschen wie das Vieh leben. Wo lebten denn die Emigranten? Zusammengepfercht in allen möglichen Löchern! Hieraus müßten sie vertrieben werden, damit sie sich daran gewöhnen, wie Menschen zu leben und damit sie auch erfahren, was andere Arbeiter für ihren Lebensunterhalt aufwenden müssen. Während der Pausen müßten sie aus den Bauten herausgeschmissen und die Bauten verschlossen werden, damit die Italiener ihre Lebensbedürfnisse ebenso wie die andern Arbeiter an menschenwürdigen Stellen befriedigen und für diese Bedürfnisse ebenso viel aufwenden müssen wie die einheimischen Arbeiter. Kurzum, unsere Bestrebungen müßten dahin gehen, die Lebensbedürfnisse dieser Menschen zu steigern.“

Diese Worte, die an die Schweizer Arbeiter gerichtet sind, sind auch für die deutschen Arbeiter beherzigenswert. Viel zu wenig haben sich diese in weiten Gebieten Deutschlands bislang um die Organisation der Italiener gekümmert. Man hat sie links liegen lassen, als ob sie einen gar nichts angingen. Günstigenfalls gab man ihnen von Zeit zu Zeit ein italienisches Flugblatt oder ließ einen italienischen Referenten zu ihnen sprechen. Die Italiener waren begeistert bis — der Referent fort war oder sie das Flugblatt weggeworfen hatten, dann war alles wie zuvor. Das muß anders werden! Die deutschen Arbeiter müssen sich andauernd um ihre italienischen Mitarbeiter kümmern, müssen ihnen unablässig den Wert der Organisation und der Solidarität vor Augen führen. Sie müssen ihnen auch klarmachen, was die Macht der Organisation zu bedeuten hat. Und zwar müssen hier alle deutschen Arbeiter ohne Unterschied des Berufs zusammenwirken; denn die Organisationslosigkeit und der Indifferentismus wird für die gesamte deutsche Arbeiterschaft immer gefährlicher, weil die Italiener schon längst nicht mehr nur im Baugewerbe, in Ziegeleien und im Bergbau beschäftigt sind, sondern immer mehr in alle andern Berufe Eingang finden. Möge daher die ganze organisierte Arbeiterschaft Deutschlands mit zu der Organisation der Italiener beitragen!

Und dann noch eins: Wenn man mit organisierten Italienern zusammenkommt, behandle man sie als Brüder und Mitkämpfer und lasse sie nicht entgelten, was die große Mehrzahl ihrer Landsleute an den deutschen Arbeitern gesündigt hat; denn durch eine verkehrte Behandlung ist schon mancher italienische Arbeiter wieder aus der Organisation hinausgetrieben worden, in die er mit Mühe und Not aufgenommen ward!

A. W.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

1.

Bergbau.

Die vorjährige Konjunktur im deutschen Bergbau war im Verhältnis zum Jahre 1910 eine durchwegs günstige. Die Förderung im Kohlenbergbau übertraf während des ganzen Jahres die Ziffern des Vorjahres; in der Hoheisenindustrie brachte der Monat Mai einen momentanen Rückgang, während die übrigen Monate ein günstigeres Produktionsergebnis gegenüber dem Vorjahre aufwiesen. Von Dezember zu Dezember stellen sich die Ziffern*) wie folgt:

	Tägliche Leistung in Tonnen	
	1910	1911
Kohlenbergbau	795 948	857 779
Hoheisenindustrie	52 023	59 578

Die gesamte Kohlenförderung Deutschlands stellte sich in den beiden letzten Jahren wie folgt:

	Tonnen	
	1910	1911
Steinkohlen	152 881 509	160 742 272
Koks	23 600 362	25 405 108
Braunkohlen	69 104 867	73 516 789
Preßkohlen	19 567 016	21 827 667

Dieser erheblichen Produktionssteigerung steht eine Verminderung der Einfuhr ausländischer Kohle und eine (mit Ausnahme der Braunkohle) Steigerung der Ausfuhr gegenüber. Es betragen in Tonnen:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1910	1911	1910	1911
Steinkohlen	11195593	10913948	24257421	27412218
Braunkohlen	7397708	7069064	62441	58071
Koks	623477	598958	4127934	4555477
Preßkohlen	241266	210933	1988252	2477492

Die Versorgung Deutschlands mit Kohle betrug demnach pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

	1910		1911	
	1910	1911	1910	1911
Steinkohlen	2 163,66	2 206,99		
Braunkohlen	1 182,88	1 282,11		
Koks	310,97	328,17		
Preßkohlen	276,76	299,29		

Diese Zahlen sind auch insofern von Bedeutung, weil sie einen Rückschluß auf die allgemeine Lage des deutschen Erwerbslebens gestatten. Die Kohle ist für eine industrietreibende Nation die wichtigste Rohware in der Produktion, eine Zunahme in der Kohlenversorgung läßt daher auf eine lebhaftere Beschäftigung der Industrie im allgemeinen schließen. Mag auch ein Teil der festgestellten Förderung zunächst in die Kohlenlager gewandert sein, von erheblicher Bedeutung wird das nicht sein, weil auch hier die Ansammlung von Reservevorräten abhängig ist von der vorhandenen oder vorausgerichteten Nachfrage. Wie empfindlich die Kohlenproduzenten gerade auf dieses Moment reagieren, zeigt der Rückgang der Kohlenproduktion im 3. Quartal 1911. Die unruhige weltpolitische Lage hatte eine vorübergehende Störung in den wichtigsten Industrien zur Folge gehabt. Im Februar 1911 hatte die Kohlenproduktion eine arbeitsmäßige Förderung von fast 800 000 Tonnen aufzuweisen, worauf infolge der erwähnten Störung die Kohlenförderung zurückging

*) Die Ziffern über Produktion und Produktionsersatz entnommen wie in den Vorjahren, den Veröffentlichungen des Wirtschaftsstatistischen Bureaus von Richard Galtner.

nach übereinstimmenden Meldungen der unabhängigen Presse zur Aufrechterhaltung der Ordnung voll auf ausreichend. Selbst das führende Organ des Grubenkapitals, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat festgestellt, daß die Ordnung in keiner Weise mehr geschädigt war als 1905, wo die „Christlichen“ selbst am Kampfe teilnahmen. Nicht die Ordnungsliebe veranlaßte also die „Christen“ zum Ruße nach Militär, sondern die Absicht, die Reihen der Streikenden zu desorganisieren, sie in ihrer Widerstandskraft zu schwächen. So sind die „christlichen“ Drahtzieher als die Helfer des Grubenkapitals aufgetreten, des gemeinsamen wirtschaftlichen Gegners aller Arbeiter, gleichgültig, welcher Religion oder Partei sie angehören mögen. Es ist kein Wunder, wenn bei solcher Hilfe die Grubenmagnaten ihre Dividenden sich erhöhen, ihre Kurswerte steigen sehen, während der Anteil der Arbeiter am Produktionsertrage fällt.

Gegen die Verwendung des Militärs bei wirtschaftlichen Kämpfen, muß aufs entschiedenste protestiert werden. Eine Notwendigkeit dazu hat bisher nicht vorgelegen. Die deutschen Arbeiter führen ihre Kämpfe auf streng gewerkschaftlicher Grundlage, das Militär kann nur provozierend wirken. Die Arbeitererschaft erblickt in dieser Haltung der Militärbehörden nicht nur ein unbefugtes Eingreifen in die wirtschaftlichen Kämpfe, sondern eine direkte Parteinahme für die Unternehmer. Zudem sollten die Erfahrungen in anderen Ländern, wie Frankreich usw. die Regierung lehren, daß diese unbefugte Einmischung des Militärs schließlich den Propagandisten des Antimilitarismus dienen wird. Bisher haben sich die deutschen Arbeiter von den anarchistischen Phrasenhebeln ferngehalten. Die ganz überflüssigen Militärkommandierungen gegen streikende Arbeiter sind geeignet, dieses Verhältnis von Grund auf zu ändern.

Wesentliche Änderungen in der Organisation der Bergleute sind im vorigen Jahre nicht eingetreten. Ueber die Mitgliederbewegung des Bergarbeiterverbandes liegen uns noch keine abschließenden Zahlen vor. Der Massenbericht dagegen ist bereits erschienen und weist eine außerordentlich rege Verbandstätigkeit während des vergangenen Jahres aus. An Mitgliederbeiträgen wurden 2 239 469 Mk. vereinnahmt oder 116 591 Mk. mehr als im Vorjahre. Für Agitation wurden 147 477 Mk., für Verbandsorgane 134 487 Mk. verausgabt. Die Ausgaben für Unterstützungen betragen: Stergebeld 91 776 Mk., Gemäßregelunterstützung 48 391 Mk., Arbeitslosenunterstützung 33 031 Mk., Krankenunterstützung 351 425 Mk., und für Streiks 1 522 930 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 3 711 936 Mark. Die Ausgaben für Streiks sind sehr hoch, ein Beweis dafür, daß der Verband alles aufzubieten versuchte, um seinen Mitgliedern einen Anteil an dem gesteigerten Arbeitsertrag zu erkämpfen. Insgesamt wurden 19 Streiks geführt, über deren Resultat die Streikstatistik nähere Ausweise bringen wird.

Das Verhältnis zu den gegnerischen Organisationen war hinsichtlich der Hirsch-Dunderschen und polnisch sprechenden Bergarbeiter das gleiche wie bisher. Die drei Verbände haben gemeinsam über die Lohnfrage im Ruhrrevier verhandelt und den schließlichen Kampf im März des laufenden Jahres gemeinsam geführt. Das Verhältnis zu dem Centrumsgewerksverein, der größten gegnerischen Or-

ganisation, ergab sich aus der Streibrechertaktik dieser Organisation von selbst. Eine Gesundung der Verhältnisse im Bergbau erscheint heute nur möglich durch die Ueberwindung dieser Organisation, die der Erriingung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Bergleute im Wege steht und aus politischen und konfessionellen Gründen die Arbeiter dem Kapital ausliefert.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Einen schweren Verlust hat der Väterverband und mit ihm die Hamburger Arbeiterbewegung durch den Tod des Genossen Ernst Kretschmer erlitten. Kretschmer ist am 5. April an den Folgen einer Amputation eines Beines im Alter von 49 Jahren gestorben. Er kam früh nach Hamburg und betätigte sich eifrig für die Organisation seiner dortigen Berufskollegen. 1889 wählte der Väterkongress in Berlin ihn zum Vorsitzenden der „Gewerkschaftsleitung der Väter Deutschlands“, die die Agitation unter den Berufsgenossen im Lande betreiben sollte. Zu diesem Zweck bereiste Kretschmer das ganze Reich; er zog sich durch seine Agitation immer mehr den Haß der Vätermeister zu, so daß er nirgends Arbeit bekommen konnte. Als dann 1895 die Hamburger Produktivgenossenschaft der Väderei gegründet wurde, erhielt Kretschmer eine dauernde Arbeitsstätte; seit 1900 war er Geschäftsführer dieser Genossenschaft. Dem Vorstand des Väterverbandes gehörte er als 2. Vorsitzender von 1897 bis 1910 an. Zehn Jahre bekleidete er den Posten eines Vorsitzenden des Hamburger Gewerkschaftskartells; an der Errichtung des Hamburger Gewerkschaftshauses wirkte er an erster Stelle mit. Auch viele andere Arbeiten trug ihm das Vertrauen der Hamburger Arbeiter ein. Kretschmer gehörte zu den treuesten und vertrauenswürdigsten Personen, die die deutsche Arbeiterklasse zu den ihren gezählt hat. Seine Arbeit in ihrem Dienste ist dauernder Anerkennung sicher.

An der Arbeitslosenzählung des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im Monat März 854 Zahlstellen mit 187 242 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 15 985, davon 4899 am letzten Tage des Monats arbeitslos waren. 5982 Mitglieder erhielten 110 668 Mark Arbeitslosenunterstützung für 61 021 Tage und 5363 Mitglieder 7721 Mk. Reiseunterstützung für 8691 Tage. Auf je 100 Mitglieder entfielen 2,62 Arbeitslose gegen 3,42 im Vormonat und 2,52 im März 1911.

Der Verband der Lithographen zählte am Schluß des 3. Quartals 1911 17 262 Mitglieder. Die Lehrlingsabteilung hatte 2709 Mitglieder. Von den Ausgaben des Verbandes entfielen 16 694 Mk. auf Lohnbewegungen, 47 473 Mk. auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung, 64 369 Mk. auf Krankenunterstützung, 26 909 Mk. auf Invalidenunterstützung und 15 757 Mk. auf Witwenunterstützung. Das Gesamtvermögen betrug 1 126 923 Mk.

Die Abrechnung des Verbandes der Stukkateure für das 4. Quartal 1911 schließt mit einem Mitgliederbestand von 10 781 und einem Gesamtvermögen von 324 786,20 Mk. Von dem Vermögen waren 111 084,82 Mk. Massenbestand in den Filialen. Der Verband ist am 1. Januar zum Bauarbeiterverband übergetreten.

auf rund 740 000 Tonnen im Juli-August. Von da an ist dann eine Steigerung eingetreten, die bis Jahreschluß anhielt. Die Marokkofröße hielt zwar bis in den Herbst an, aber in den Herbstmonaten steigt die Kohlenförderung alljährlich infolge der Ansprüche des nahenden Winters an den Kohlenmarkt.

Soweit man also aus den Produktionsziffern des Kohlenbergbaues auf die allgemeine Konjunktur schließen darf, war diese im vergangenen Jahre weit günstiger als 1910, aber doch nicht ohne periodische Störungen.

Die Verwendung der Kohlenproduktionsziffern zur Beurteilung der allgemeinen Konjunktur, ist zweifellos berechtigt. Es lassen sich aus diesen Zahlen zutreffende Schlüsse ziehen. Aber ganz erfassen die so gewonnenen Zahlen die Konjunktur nicht mehr. Die steigende Bedeutung der Elektrizität als industrielle Kraftquelle, neuerdings auch die enormen Fortschritte der Daimotorentchnik, machen der Kohle eine bedeutende Konkurrenz. Für die Gewinnung der elektrischen Kraft ist die Kohle zwar vorwiegend noch notwendig, und insoweit wird auch die elektrische Kraftproduktion bei guter Konjunktur eine Steigerung der Kohlenförderung erfordern. Allein die technische Verbesserung des Kraftgewinnungsprozesses kann den Anteil der Elektrizitätsindustrie am Kohlenkonsum herabmindern bei gleichzeitiger Steigerung der gewonnenen Kraftquantität. Vor allem aber fällt die Ausnutzung der Wasserkraft bei der Gewinnung von elektrischer Betriebskraft immer mehr ins Gewicht. Eine fortlaufende statistische Erfahrung der jährlichen elektrischen Kraftproduktion wäre daher sehr wünschenswert. Ob eine solche möglich ist, müßte von berufener Seite untersucht werden.

Entsprechend der gesteigerten Kohlenproduktion war auch die Beschäftigungsquote höher als im Jahre 1910. Im preußischen Bergbau erhöhte sich die Zahl der verfahrenen Schichten erheblich. Quartalsweise verglichen, ergab das 1. Quartal 1911 gegen das gleiche Quartal 1910 eine Steigerung der verfahrenen Schichten um 5,9 Proz., das 2. Quartal um 0,3 Prozent, das 3. um 2,4 Proz. und das 4. um 1,5 Prozent, immer im Verhältnis zum gleichen Quartal des Vorjahres. Die Arbeiterzahl vermehrte sich demgegenüber um 0,2 Proz. resp. 1,1 Proz., 1,3 Prozent und 2,9 Proz. Im Durchschnitt kamen pro Arbeiter 300 Schichten 1911 gegen 297 im Vorjahre. Da die Löhne nur unbedeutend gestiegen sind, haben die Arbeiter von der besseren Lage des Bergbaues wenig Nutzen gehabt.

Das Unternehmertum dagegen macht glänzende Geschäfte. Die 235 Gesellschaften, deren Bilanzen im Jahre 1911 im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurden, verteilten im Durchschnitt eine Dividende von 9,1 Proz. gegen 8,5 Proz. im Vorjahre und 7,7 Prozent im Jahre 1909. Die Rentabilität der verschiedenen Zweige des Bergbaues ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

	Zahl der Dividende in Proz.	
	Gesellschaften	1909/10 1910/11
Steinkohlenbergbau	38	8,2 8,8
Braunkohlenbergbau	48	9,7 9,5
Erzbergbau	10	5,0 6,6
Kaliberbergbau	26	2,9 4,4
Salzbergbau	16	8,8 10,1
Sonstiger Bergbau	19	5,9 5,6
Hütten u. gemischte Betriebe	78	9,4 10,0

Mit Ausnahme des Braunkohlenbergbaues haben sämtliche Zweige eine erhöhte Dividende aus-

schütten können. Das hat naturgemäß eine Erhöhung des Kurses der Dividendenwerte des Bergbaues zur Folge gehabt. Der Kursstand Ultimo Dezember betrug für die Gruppe Bergbau, Hütten, Salinen im Durchschnitt der letzten vier Jahre:

1908	1909	1910	1911
183,53	212,77	201,15	206,73

Der Kursstand des Jahres 1909 wurde zwar nicht erreicht, aber die Erhöhung gegenüber 1910 beträgt 5,58 Proz. und gegen 1908 nicht weniger als 23,20 Proz. Der Kursstand von 1908 wurde im wesentlichen bedingt durch die Geschäftsergebnisse des Geschäftsjahres 1907/08. Berücksichtigt man demgegenüber, daß die Bergarbeiterlöhne nach den vorliegenden statistischen Ausweisen zum Teil im letzten Jahre noch niedriger waren als 1907, so ergibt sich daraus, daß im Bergbau die Steigerung des Produktionsertrages fast ausschließlich dem Kapital zugute gekommen ist.

Dieses für die Arbeiter betrübende Ergebnis ist jedoch nicht lediglich auf eine besondere Schlechtigkeit des bergbaulichen Kapitals zurückzuführen, sondern zum großen Teil auf die Arbeiter selbst. Gewiß ist das kapitalistische Unternehmertum im Bergbau mit besonderen Machtmitteln ausgerüstet und die ganze Situation auf dem Arbeitsmarkte ist ihm günstig. Aber eine gute Organisation der Arbeiter würde in dieser Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit im Bergbau schließlich die gleichen Minderungen herbeiführen, wie es in anderen Industriegruppen längst geschehen ist. Die Bergarbeiter leisten sich jedoch immer noch eine organisatorische Zersplitterung, wie sie gleich bedeutungsvoll in keiner anderen Industrie vorhanden ist. Sie sind zudem auch relativ schwach organisiert. Es ist notwendig, daß die Bergarbeitermassen sich aufräumen und für die Schaffung einer starken Organisation sorgen.

Eine besondere Schwächung der an sich vorhandenen organisatorischen Kraft der Bergleute bedeutet die Einspannung des nominell 80 000 Arbeiter umfassenden „Christlichen“ Gewerkevereins vor den Starren der politischen Centrumspartei. Man hat soeben beim letzten Streik der Ruhrbergleute gesehen, wohin dieses Vasallenverhältnis zu einer politisch klerikalen Gruppe führt. Politische Parteiinteressen des vom Centrum geführten schwarzblauen Modus und konfessionelle Kämpfe innerhalb der katholischen Kirche haben die so notwendige Einigkeit der Bergleute in ihrem Kampfe um einen größeren Anteil am Arbeitsertrag hintertrieben. Diese Tatsache steht fest, es läßt sich daran nicht rütteln. Sie hat zu einer Niederlage der Arbeiter geführt, obgleich die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines Sieges die denkbar günstigsten waren. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeitermassen selbst die Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen, und eine Organisation meiden, die unter dem Mantel des Christentums die verächtliche Rolle des Judas Ischariot übernommen hat.

Wie weit der Marsch der „Christlichen“ im Bergbau auf der schiefen Ebene des Solidaritätsbruchs gediehen ist, zeigt die von ihnen nicht nur gutgeheißene, sondern direkt geforderte Heranziehung des Militärs bei wirtschaftlichen Kämpfen. Schon beim Mansfelder Kampf wurden Maschinen-gemeinde aufgeföhren, obgleich die streikenden Arbeiter keinen Anlaß dazu gaben. Jetzt im Ruhrrevier riefen die „Christen“ selbst nach militärischem Schutz, ganz ohne Grund, denn die Gendarmenriege war

Kongresse.

Verbandstag der Hausangestellten.

Der erste Verbandstag der Hausangestellten fand vom 14.—16. April im Berliner Gewerkschaftshause statt. Anwesend waren 22 Delegierte aus 16 Städten. Den Ausschuß vertrat Frau Luise Kähler-Hamburg, die Generalkommission Bauer. An der Tagung nahm als Vertreterin der österreichischen Schwesterorganisation Frau Adelheid Popp-Wien teil.

Der Geschäfts- und Massenbericht für die Zeit des Bestehens des Verbandes (vom 1. April 1909) lag gedruckt vor. Ihm ist zu entnehmen, daß bei Gründung 5711 Mitglieder aus 18 Städten gemeldet waren. Wie sich herausstellte, entsprach diese Zahl nicht dem tatsächlichen Mitgliederstande.

Im Jahresdurchschnitt zählte der Verband 1911 5474 Mitglieder in 38 Ortsgruppen, einschließlich 4 Einzelmitglieder; das Jahr 1909 wies als Durchschnittsziffer 4170 Mitglieder in 22 Ortsgruppen, einschließlich 2 Einzelmitglieder aus. Gemonnen wurden nach der Verbandsgründung 10 696 Mitglieder. Diese Zahl, im Gegensatz zur Steigerung der Mitgliederziffer im Jahresdurchschnitt, zeigt deutlich die große Fluktuation, die im Verbandsverbande vorhanden ist.

Der Massenbericht für die Zeit seit Bestehen des Verbandes bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 41 662,91 Mk. Die Verbands-einnahmen betragen 26 462,91 Mk., die von der Generalkommission geleisteten Zuschüsse 15 200 Mk.

An Ausgaben verzeichnet der Bericht 38 440,98 Mark, darunter 635,32 Mk. für Rechtsschutz und 4975,51 Mk. für Krankenunterstützung. Als Vermögensbestand sind 3221,93 Mk. angegeben.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Ausgabe für Rechtsschutz nicht den vollen Umfang der Leistungen in dieser Sache widerspiegelte. Die weitaus größte Zahl der Rechtsschutzfälle wird erledigt, ohne daß dem Verbandsverbande daraus Kosten erwachsen.

Der Verband nahm nach dem Bericht Stellung zur Reichsversicherungsordnung und zum Stellenvermittlergesetz. Dem Reichstage wurde eine Petition zur Reichsversicherungsordnung überreicht. Nach Inkrafttreten des Stellenvermittlergesetzes mußte für eine Reihe von Orten durch Eingaben die Befreiung von den Bestimmungen des Gesetzes für nicht-gewerbsmäßige Stellenvermittlung erwirkt werden. Erhebliche Schwierigkeiten wurden der Agitation und der Verbandsentwicklung in manchen Orten, so namentlich in Braunschweig, durch die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die Behörden bereitet. Für Braunschweig wurden durch richterliche Entscheidung wiederholt obliegende Urteile erzielt. Zwei Fälle für Breslau und Danzig sind noch nicht erledigt.

Der Verband entfaltete rege mündliche und schriftliche Agitation und solche durch Flugblätter und Broschüren. Wertvolle Dienste hierfür leistet besonders eine Broschüre, welche die Ergebnisse einer Erhebung über Wohn- und Schlafgelegenheiten der Hausangestellten enthält.

Die Forderung auf Schaffung eines Reichsgesetzes für die Hausangestellten, im Anschluß an die Gewerbeordnung und Abschaffung der Gefindeordnung bildete den Ausgangspunkt für entsprechende Entschlüsse in zahlreichen Versammlungen.

Dem Verbandstage lagen Anträge auf Erhöhung der Krankenunterstützung sowie Einführung der Erwerbslosenunterstützung vor. Die Anträge mußten in Rücksicht auf die Massenverhältnisse abgelehnt werden, dagegen wurde beschlossen, die Beiträge um 10 Pf. pro Monat, von 40 auf 50 Pf., zu erhöhen; die Hälfte des Betrages verbleibt den Ortsgruppen. Diesen wird gestattet, ein höheres Eintrittsgeld, als bisher üblich (20 Pf.) bis zu 50 Pf., festzusetzen. 20 Pf. erhält nach wie vor in jedem Falle die Hauptkasse.

Die Arbeit im Verbandsverbande bedingt die Anstellung einer zweiten Kraft im Verbandsbureau. Der Verbandstag beschloß demgemäß. Die Stelle wird ausgeschrieben. Die Kassengeschäfte werden weiter im Nebenamt durch das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission erledigt.

Im Laufe der Tagung gaben ausführliche und gut durchdachte Referate über Stellenvermittlung und über Agitation und Fortbildung, Unterhaltung und Geselligkeit wertvolle Anregungen und Richtlinien für die Maßnahmen des Verbandsvorstandes und der Ortsgruppenleitungen.

Ein Streitfall mit der Ortsgruppe Hannover erledigte sich zur Zufriedenheit dadurch, daß die Vertreter der Ortsgruppe sich bereit erklärten, dahin zu wirken, daß für die Zukunft dem Verbandsvorstande ein Einfluß auf die örtlichen Ausgaben zugebilligt wird. Diese verschlangen bisher neben den örtlichen Einnahmen noch die erheblichen Zuschüsse des dortigen Gewerkschaftskartells und die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse.

Die bisherige Vorsitzende, Genossin Ida Baar, wurde wiedergewählt, ebenso die bisherige Vorsitzende des Ausschusses, Genossin Luise Kähler.

Als Tagungsort für den in drei Jahren stattfindenden zweiten Verbandstag wurde Leipzig bestimmt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarif- und Lohnbewegungen.

Die Lohnbewegung im Hamburger Hafen hat eine friedliche Lösung gefunden. Der Hafenbetriebsverein, die Organisation der Unternehmer, hielt diesmal nicht seine frühere ablehnende Haltung aufrecht, sondern trat mit den Arbeitern in Unterhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Schauerleute, in welchem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt werden sollten. Durch beiderseitiges Entgegenkommen ist eine Einigung erzielt worden. Ein dreijähriger Vertragsabschluss ist erfolgt zu im wesentlichen folgenden Bedingungen: Die Arbeitszeit wird spätestens am 1. Mai 1913 auf 9 Stunden herabgesetzt, der Lohn beträgt ab 1. Mai 1912 5,20 Mk. und steigt am 1. Januar 1913 resp. 1914 auf 5,30 Mk. resp. 5,40 Mk. Für eine Reihe näher bestimmter Waren, die besondere Anstrengungen der Arbeiter bedingen, wird ein Zuschlag von 8 Pf. pro Stunde gezahlt. Beschwerden über Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis werden der Beschwerdef Kommission für die Arbeitsvermittlung überwiesen und wird zu dieser Kommission ein Vertreter des Transportarbeiterverbandes mit beratender Stimme herangezogen. Ferner sollen sofortige Verhandlungen über die Arbeitsverhältnisse und Forderungen der übrigen Hafenarbeitergruppen zwecks Abschlusses von Verträgen aufgenommen werden; der Hafenbetriebsverein versprach auch hinsichtlich dieser Gruppen

weitmöglichstes Entgegenkommen. Im übrigen sind eine Reihe Detailfragen des Arbeitsverhältnisses durch den Vertrag geregelt worden.

In ihrer Versammlung am letzten Sonntag nahmen die Schauerleute mit Dreiviertelmajorität den Vertrag an. Die anfangs lebhafteste Opposition wandte sich hauptsächlich gegen die Bindung auf drei Jahre, wofür die Lohnerhöhung kein genügendes Äquivalent sei. Die Vertreter der Verbandsleitung wiesen jedoch darauf hin, daß die erzielten Zugeständnisse auf friedlichem Wege erreicht seien und daß es sehr fraglich ist, ob ein Kampf mehr bringen könnte. Diesen Standpunkt teilte auch die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, so daß der Vertrag angenommen wurde und nunmehr definitiv abgeschlossen werden konnte.

Der Verein Hamburger Mheder hat sich nicht entschließen können, gleichfalls in direkte Verhandlungen über die Forderungen der Seeleute mit der Organisation zu treten. Er hat jedoch die Prüfung der Forderungen zugesagt und ist die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung auch dieser Lohnbewegung noch vorhanden.

Diese Wendung in der Haltung der Hamburger Großunternehmer ist zu begrüßen. Mander Kampf der Hamburger Arbeiter wäre nicht notwendig gewesen, hätten die Unternehmer früher die Rechte der Arbeiter auf die Mitwirkung bei der Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse anerkannt. Wir sind überzeugt, die Hamburger Unternehmer werden bald feststellen können, daß der Hamburger Hafen unter den neuen Verhältnissen nicht zugrunde geht, daß vielmehr ein Verhältnis, unter dem die Arbeiter nicht Heloten sind, weit zuträglicher ist für die Entwicklung des Hamburger Handels.

Aus Unternehmerkreisen.

Vorbereitungen der Arbeitgeber zur Verschärfung des wirtschaftlichen Kampfes.

Die letzten Wochen haben die Arbeitgeberorganisationen der Metallindustrie, insbesondere der Gesamtverband der Metallindustriellen dazu benutzt, um ihre Satzungen neu zu beraten, und wo notwendig, präzisere und schärfere Bestimmungen für den Kampf gegen die Arbeiter zu treffen. Am 13. Februar war der Ausschuß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zusammen, um das Statut des Gesamtverbandes neu zu beraten. Besonders interessant sind die Bestimmungen über Beitragsleistung und die Art der Führung von Kämpfen, Aussperrungen usw. Während es früher hieß, daß mindestens 5 Mk. pro 100 beschäftigter Arbeiter pro Jahr an Beitrag gezahlt werden müssen, ist jetzt beschlossen, daß pro Arbeiter und Jahr 30 Pf. an Beitrag zu zahlen sind, d. h. also, der Beitrag ist auf das 6fache erhöht.

Ueber die recht interessante Tätigkeit des Gesamtverbandes gibt der § 21 der Satzungen Aufschluß. Schon die Ueberschrift zeigt, wie ungeheuer die Herren vorzugehen gewöhnt sind. Es heißt da: „V. Schutzfähigkeit des Gesamtverbandes. a) Verfahren bei Sperrern (Einstellungsverbote).“ Und nun kommen die Bestimmungen, die getroffen sind bezüglich der Frage, wann wegen eines ausgebrochenen Ausstandes Sperrern verhängt werden sollen. § 23 sieht fest, daß, wenn über das Gebiet eines Bezirksverbandes hinaus Sperrern verhängt werden sollen, dann darüber der Gesamtverband entscheiden.

Im § 26 ist eine Bestimmung von außerordentlichem Interesse, weil darin die ganze Rücksichtslosigkeit, mit der der Kampf geführt werden soll und geführt wird, zum Ausdruck kommt. Die Bestimmung lautet: Versehentlich zur Einstellung gelangten gesperrten Arbeitnehmern ist sofort zu kündigen. Welches Geschrei würde sich im Scharfmacherlager erheben, wenn die Arbeiter ihrerseits gleiche Waffen handhaben?

Nach § 27c sind sämtliche, dem Gesamtverband angeschlossenen Betriebe verpflichtet, der Gesellschaft zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen als Mitglieder beizutreten.

Nach demselben Paragraphen kann der erweiterte Vorstand zur wirksamen Bekämpfung unberechtigter Forderungen der Arbeitnehmer besondere Beiträge durch Umlageverfahren erheben.

Die nächsten Paragraphen regeln die Aussperrungsmaßnahmen. § 32 sagt darüber: „In die Beilegung eines Streitfalles unter Mitwirkung des Vorstandes des Gesamtverbandes nicht möglich, so hat der Bezirksverband eine Aussperrung vorzunehmen. Führt die Aussperrung des Bezirksverbandes nicht zur Beilegung der Differenz, so tritt die Gruppe, sobald eine solche besteht, in eine Aussperrung ein. Der Gruppenaussperrung oder der des Bezirksverbandes kann eine Aussperrung durch den Gesamtverband (Gesamtaussperrung) folgen. Diese Gesamtaussperrung tritt ohne weiteres ein, wenn die in den „Allgemeinen Vorschriften“ hierfür enthaltenen Voraussetzungen vorliegen.“ (Kampf der Arbeiter gegen die Grundsätze des Gesamtverbandes.)

Auch § 35 des alten wie des neuen Statuts ist äußerst interessant. Es wird nämlich die Bestimmung festgesetzt über die Berücksichtigung, die die Mitglieder gelber Vereine bei Aussperrungen finden sollen. Der Wortlaut in beiden Fassungen des § 35, der alten wie der neuen, spricht eine nicht mißzuverstehende Sprache. § 35 der alten Fassung sagt: „Arbeitervverbände, welche sich durch ihre Vergangenheit bereits als zuverlässige Stütze der Arbeitgeber erwiesen haben, werden, falls der Bezirksverband, dem sie angehören, damit einverstanden ist, von der Aussperrung ausgenommen.“ § 35 der neuen Fassung sagt hierüber: „Arbeitnehmerverbände, welche sich im Gegensatz zu den Kampfgewerkschaften stellen, sind auf Beschluß des Vorstandes von der Aussperrung auszunehmen.“ Und am Schluß im neuen § 35 die Bedingung, daß der betreffende Arbeitnehmerverband in seinem Statut die Bestimmung hat, wonach den Mitgliedern dieses Verbandes die Zugehörigkeit zu klassenkämpferischen Arbeitnehmerverbänden durch die Satzungen ihres Verbandes verboten ist.

Die Tendenz und der Charakter der oben bezeichneten Arbeitnehmerverbände (gelbe Werkvereine) geht ja aus diesen Bestimmungen klar hervor. Daß die Verbände Waffen der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer sind, zeigen auch die Bestimmungen des § 37a, woraus die vielen Beziehungen dieser Vereine zu den Arbeitgebern ebenfalls hervorleuchten. Es heißt da: „Ueber die Mitglieder dieser Arbeitnehmerverbände haben, die Werke genaue Verzeichnisse zu führen und auf dem laufenden zu halten, in welchen die Namen der Mitglieder sowie der Tag des Ein- und Austritts einzutragen ist. Diese Verzeichnisse sind den Bezirksverbänden vierteljährlich einzusenden, und von diesen alljährlich, jedenfalls aber immer vor Eintritt einer Aussperrung dem Gesamtverband vorzulegen. Interessant ist der

§ 39. Er spricht von den Strafen, die der Vorstand des Gesamtverbandes verhängen kann, wenn die Mitglieder gegen die Satzungen des Verbandes verstoßen. Die Strafen bestehen in:

- a) Verweis.
- b) Geldstrafen (§ 153!!).
- c) Ausschluß.

Zugleich mit der neuen Fassung des Statuts sind auch die allgemeinen Vorschriften, d. h. die allgemeinen Grundsätze neu beraten, und außerdem tagte am 22. März d. J. die siebente ordentliche Ausschusssitzung der Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen. Aus dem Bericht geht hervor, daß diese Gesellschaft sich auf 27 Bezirksverbände des Gesamtverbandes erstreckt. Diese 27 Bezirksverbände umfassen 702 Mitglieder.

Das Vermögen der Gesellschaft beträgt am Schluß des Jahres 1911 989 846,98 Mk. Im Jahre 1911 sind bei der Geschäftsstelle von 23 Verbänden für 166 Firmen 188 Anträge auf Gewährung einer Entschädigung eingereicht worden. Die Zahl der Manntage, die durch Streit oder Aussperrung ausgefallen sind, beläuft sich auf insgesamt 406 425. Von den eingereichten 188 Anträgen sind 187 mit 395 184 Manntagen als entschädigungsberechtigt anerkannt. Die Summe der zu zahlenden Entschädigung ist auf insgesamt 460 440,48 Mk. festgestellt worden.

Aus den Schlußbemerkungen des Protokolls der Satzungen des Ausschusses der Gesellschaft ist zu ersehen, daß dieser Zweig der Tätigkeit im Arbeitgeberlager demnächst eine gewaltige Ausdehnung erfahren wird. Denn der § 31 der neuen Satzungen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bestimmt, daß sich sämtliche Bezirksverbände des Gesamtverbandes der Gesellschaft zur Entscheidung bei Arbeitseinstellungen anschließen müssen.

Ob sich die Hoffnungen, die die Arbeitgeber an alle diese Neuerungen knüpfen, erfüllen werden, wird die Zukunft lehren. Die Metallarbeiter haben keinen Anlaß, irgendwie angesichts dieser immer mehr verstärkten Rüstung der Metallindustriellen Trübsal zu blasen. Im Gegenteil. Die Tatsache, daß die Arbeitgeber sich genötigt sehen, immer größere Aufwendungen und Anstrengungen zu machen, um sich des Ansturms der Gewerkschaften zu erwehren, beweist, daß die Arbeitgeber mit den bislang ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht mehr auskommen können. Wie lange wird es noch dauern, ehe die Metallindustriellen einsehen, daß man mit drakonischen Maßnahmen die Gewerkschaften der Arbeiter nicht niederzwingt. Jedenfalls werden die Herren ihre derzeitigen Hauptabwehrmittel: Arbeitsnachweis, Aussperrung, gelbe Werkvereine und Streikentschädigung erst ausprobieren wollen, um vielleicht dann einzusehen, daß sie auf dem falschen Wege sind. Vielleicht aber auch dann noch nicht; denn es ist möglich, daß, bis die Arbeitgeber eingesehen haben, daß auch diese Mittel nicht verfangen, bis dahin sich wieder irgend jemand im Arbeitgeberlager das Gehirn zermartert hat, um neue „unfehlbare“ Abwehrmittel, ausfindig zu machen. Den Gewerkschaften kann das recht sein. Die neuen Maßnahmen der Arbeitgeber sind ebenso viele neue wirksame Agitationsmittel der Arbeitnehmer.

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Anträge aus Mitgliederkreisen zur Hauptversammlung.

Berlin.

68. Der Vorstand der Unterstützungsvereinigung wird von der Generalversammlung beauftragt, den Arbeitgebern zu empfehlen, die Beiträge zur staatlichen Versicherung voll zu bezahlen.

Die Arbeitgeber sind gleichzeitig zu ersuchen, sich baldmöglichst dem Vorstände gegenüber hierüber zu äußern.

Cöln.

69. § 12. Mitglieder, sofern sie der Unterstützungsvereinigung mindestens drei Jahre angehört haben, können, falls sie in eine dem Centralverband Deutscher Konsumvereine angehörende Korporation als leitende Beamte eintreten, auf Antrag Mitglieder der Unterstützungsvereinigung bleiben.

Bremen.

70. Resolution: Die Mitgliedschaft Bremen der Unterstützungsvereinigung erkennt die Notwendigkeit an, trotz der staatlichen Angestelltenversicherung die Unterstützungsvereinigung in der bisherigen Weise aufrechtzuerhalten. Sie ist jedoch der Meinung, daß die mit dem Inkrafttreten der Angestelltenversicherung der Mehrzahl der Mitglieder der Unterstützungsvereinigung erwachende Verpflichtung, Beiträge in zwei Unterstützungsklassen zu zahlen, vielen in minimalen Gehaltsstufen stehenden Angestellten außerordentlich schwer fallen, wenn nicht unmöglich sein würde. Von der Erwägung ausgehend, daß an der Aufrechterhaltung der Unterstützungsvereinigung neben den Angestellten auch die diese beschäftigenden Parteiverlage, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen ein wesentliches Interesse haben, hält die Mitgliedschaft es für erforderlich, daß die genannten Organisationen die eventuellen Beiträge zur staatlichen Angestelltenversicherung für die nächsten 10 Jahre nach Inkrafttreten der Angestelltenversicherung zum Vollen übernehmen, um den Angestellten zu ermöglichen und zugleich zur Pflicht zu machen, bis zur Erwerbung von Rechten in der Angestelltenversicherung die Mitgliedschaft in der Unterstützungsvereinigung voll aufrechtzuerhalten.

In der Zeit vom 14. bis 20. April sind die Wahlen der Delegierten zur Hauptversammlung vollzogen worden. In nachstehenden Bezirken hat eine Stichwahl stattzufinden, die bis zum 6. Mai beendet sein muß.

5. Bezirk: Bremerhaven. Abgegebene Stimmen 57. Davon erhielten: Bromme-Lübeck 18, Schmalfeldt-Bremerhaven 17, Schulz-Rüstringen 13, Michelsen-Flensburg 9 Stimmen. Stichwahl zwischen Bromme-Lübeck und Schmalfeldt-Bremerhaven.

20. Bezirk: Braunschweig. Abgegebene Stimmen 38. Davon erhielten Stegmann-Braunschweig 18, Deift-Deffau 18, Knöner-Erfurt 1, ungültig 1 Stimme. Stichwahl zwischen Stegmann-Braunschweig und Deift-Deffau.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 18 des „Corr.-Bl.“ wird die Literatur-Beilage Nr. 4 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 24 Seiten.